

Willms, Manfred

Article — Digitized Version

Eine konjunkturpolitische Wunderkur

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Willms, Manfred (1976) : Eine konjunkturpolitische Wunderkur, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 9, pp. 465-466

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/134992>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

durch die Welthandelsliberalisierung gefördert wurde, war schon zu Beginn der sechziger Jahre ausgelaufen. Hinzu kam, daß die Entwicklung in den meisten europäischen Ländern ähnlich verlief. Selbst in Schweden mit seiner ausgeklügelten Investitionspolitik wuchsen die privaten Investitionen 1960 bis 1970 nur um 3,8 % jährlich. Die öffentlichen Investitionen stiegen in dieser Zeit um jährlich 9 % an, bis sie auf ein Drittel dieser Rate abfielen. Schon Mitte 1972 warnte die OECD davor, daß für den Zeitraum 1969 bis 1975 bei sieben von neun untersuchten europäischen Ländern die Wachstumsraten der öffentlichen Investitionen absinken würden – in Frankreich und Belgien wurden sie mehr als halbiert, in den Niederlanden auf fast ein Siebtel reduziert. Gleichzeitig rechnete die OECD in drei Ländern mit einem Rückgang des privaten Investitionswachstums, und die Zunahme, die sie für die anderen Länder (auch für die Bundesrepublik, und zwar im privaten und im öffentlichen Sektor!) erhoffte, sollte sich nicht realisieren.

Nur am Rande sei bemerkt, daß gleichzeitig entgegen allem Anschein, wie er sich aus den Nominalziffern ergibt, ein Vergleich zwischen dem Realwachstum des öffentlichen und des privaten Verbrauchs bzw. des Bruttosozialprodukts ergibt, daß seit 1955 in Großbritannien, Italien und Österreich und seit 1959/60 in Frankreich und der Bundesrepublik der öffentliche Verbrauch weit weniger wuchs als die beiden anderen Größen. In den anderen Ländern, in denen das Verhältnis proportional war, sank es seit 1969¹¹⁾. Der wachstumsuntermauernde Effekt des Staates ist also überall schwächer geworden, und zwar am stärksten in den USA: Hier sank der Koeffizient von 1,06 für 1955–69, d. h. das Wachstum des Staatsverbrauchs war in dieser Zeit jährlich um 6 % höher als das Wachstum des Sozialprodukts, auf 0,19 für 1969–75 – dieser Schrumpfungsprozeß dürfte nicht wenig zur Weltrezession beigetragen haben. Summa summarum: Die Rezessionsanfälligkeit bricht den Trend, mehr als umgekehrt.

¹¹⁾ OECD: L'évolution . . . , a. a. O., S. 28.

Eine konjunkturpolitische Wunderkur

Manfred Willms, Kiel *)

So einfach lassen sich die gegenwärtigen Konjunktur- und Strukturprobleme lösen: Man verteile das Volkseinkommen zugunsten der kleineren Einkommensbezieher kräftig um, erhöhe die Staatsquote, arbeite weniger und verschenke den Rest an die Entwicklungsländer.

Sinn dieser Aktionen: Schaffung von zusätzlicher Nachfrage, um die bestehenden Kapazitäten voll auszulasten, neue Investitionen zu induzieren und permanente Vollbeschäftigung zu gewährleisten.

Welche theoretischen Überlegungen und welche Art von Lageanalyse stehen hinter derartigen wirtschaftspolitischen Vorschlägen? Die gegenwärtige Unterbeschäftigung wird von Zinn nicht nur als konjunkturelles Problem angesehen, sondern als ein grundlegendes Strukturproblem der marktwirtschaftlichen Ordnung. Nach Zinn tendiert

*) Bemerkungen zum Beitrag Karl Georg Zinn: Hochkonjunktur bei Unterbeschäftigung?, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 56. Jg. (1976), H. 8, S. 395–403.

diese Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland deshalb zur Unterbeschäftigung, weil der private Massenkonsum weniger stark wächst als das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. Mit anderen Worten: Die Haushalte sparen einen immer größeren Anteil ihres Einkommens. Diese Ersparnis wird deshalb zum Problem, weil sie nicht in vollem Umfang in inländische Investitionen transformiert wird. Die Investitionen unterbleiben wegen zu geringer Nachfrage, und damit werden weniger Arbeitsplätze geschaffen. Aus der hiermit aufgezeigten Modellskizze werden dann die obigen Forderungen abgeleitet.

Das Problem mit diesen wirtschaftspolitischen Empfehlungen ist, daß bei ihrer Realisierung kein einziger zusätzlicher Arbeitsplatz geschaffen werden würde. Ganz im Gegenteil, die Arbeitslosigkeit würde auf ein nie gekanntes Ausmaß anwachsen. Was ist falsch an der obigen Analyse?

Investition als Portfolioentscheidung

Die Analyse leidet daran, daß sie fundamentale ökonomische Gesetzmäßigkeiten nicht beachtet. Ihr zentraler Fehler ist, daß sie die Investitionen in Realkapital nicht als eine ökonomische Entscheidungsvariable, sondern als eine Größe ansieht,

Prof. Dr. Manfred Willms, 42, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre und Direktor des Seminars für Wirtschaftspolitik und Struktur-forschung an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel.

die rein mechanistisch mit der Nachfrage verbunden ist. Aus der Investitionstheorie ist aber bekannt, daß die Investitionsentscheidung eine Portfolioentscheidung darstellt. Investition in Realkapital ist nur eine der möglichen Anlageformen von gespartem Vermögen. Die Entscheidung zwischen den Alternativformen ergibt sich aus den relativen Renditen und den verschiedenartigen Risiken.

Wenn die Neuinvestitionen in Realkapital zur Zeit nicht ausreichen, um das Arbeitskräfteangebot aufzunehmen, liegt bei diesen ökonomischen Parametern etwas im argen. Das hier geschaffene Strukturproblem besteht darin, daß das Investitionsrisiko in den letzten Jahren ständig gestiegen ist, während sich die Ertragssituation gleichzeitig kontinuierlich verschlechtert hat. Das Investitionsrisiko hat sich vor allem dadurch erhöht, daß die Unternehmen in der Bundesrepublik bei dem gegebenen Spitzenlohnniveau keine Produkte und Produktionsverfahren mehr aus anderen Ländern kopieren können, sondern für Innovationen ihre Marktorientierung erst finden müssen.

Die Ertragssituation ist nicht zuletzt durch ständige Erhöhungen der Sozialleistungen und anderer Abgaben in Mitleidenschaft gezogen worden. Das insgesamt für die Beschäftigung zu niedrige Investitionsniveau dürfte in erster Linie auf diese Faktoren zurückzuführen sein. Daß einzelne Bereiche Überkapazitäten haben und mehr Nachfrage befriedigen könnten, ist demgegenüber eher ein Problem der Branchenstruktur, das insbesondere auf Veränderungen in der Struktur der Nachfrage sowie auf zunehmende ausländische Konkurrenz zurückzuführen ist. In einzelnen Bereichen wie in der Automobilindustrie und in der Textilindustrie vollziehen sich noch zusätzlich Anpassungen an die veränderte Außenparität der Deutschen Mark.

Keine Unterkonsumtion

Angesichts der gegenwärtigen Kapitalrendite sind die wenigsten Investoren bereit, ihre Ersparnisse für die Realkapitalbildung zur Verfügung zu stellen. Beteiligungen am Eigenkapital von Unternehmen in Form von Aktien sind keine bevorzugte Anlageform. Statt dessen legen die Haushalte ihre Ersparnisse primär in Finanzvermögen, insbesondere in Form von staatlichen Wertpapieren an. Damit bedeutet die Ersparnis, wie jeder weiß, der sich in der volkswirtschaftlichen Kreislaufanalyse auskennt, keinen Nachfrageausfall. Würden die Ersparnisse sich bei den Banken ansammeln, ohne einer realen Verwendung zugeführt zu werden, wie es offenbar das obige Modellkonstrukt unterstellt, müßten die Zinsen sehr stark sinken und würden eventuell sogar negativ werden. Das ist nicht der Fall. Es ist nicht der Fall, weil der Staat einen

steigenden Anteil der privaten Ersparnisse in Anspruch nimmt.

Außerdem ist zu beachten, daß sich die Struktur der Staatsausgaben zugunsten von Konsumausgaben und zu Lasten der Investitionsausgaben verändert. Das ist ein wichtiger Faktor für die von Zinn beobachtete Verringerung der Wachstumsraten der Gesamtinvestitionen. Um das Verhalten des privaten Sektors zu beschreiben, hätte Zinn die Wachstumsraten der privaten Investitionen – und zwar im Vergleich zur Wachstumsrate des Sozialprodukts – analysieren müssen. Ein weiterer Grund für die Existenz positiver Zinsen trotz hoher Sparquote sind die auch von Zinn erwähnten Kapitalexporte, die vor allem aufgrund höherer Ertragerwartungen bei bestimmten ausländischen Investitionsprojekten durchgeführt wurden.

Eine Erhöhung der Unternehmenserträge wird nicht nur zu einem kurzfristigen Boom führen, sondern langfristig die Vollbeschäftigung sichern. Eine dem unternehmerischen Risiko angemessene Rendite hat in der Vergangenheit stets dafür gesorgt, daß genügend Investitionen getätigt wurden, um den Arbeitsmarkt zum Ausgleich zu bringen. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, daß dies künftig nicht mehr der Fall sein sollte. In der Bundesrepublik ist der Kapitalstock in der Nachkriegszeit so stark ausgedehnt worden, daß Millionen von Kriegsheimkehrern, Flüchtlingen und Gastarbeitern einen Arbeitsplatz gefunden haben. Der trendmäßige Anstieg der Sparquote hat hierauf keinen negativen Einfluß ausgeübt. Von Unterkonsumtion konnte und kann keine Rede sein. Die Konsumgüternachfrage ist neben der Exportnachfrage zur Zeit eine der wesentlichen Stützen des zähen Aufschwungs.

Langsame Erholung am Arbeitsmarkt

Der Anstieg der Beschäftigtenzahlen und der Abbau der Arbeitslosen wird sich in dieser Rezession schwieriger gestalten als nach dem Einbruch von 1966/67. Damals blieben die Arbeitsplätze weitgehend erhalten. Diesmal sind durch die Aufwertungseffekte und durch den Lohnkostendruck Arbeitsplätze zu Hunderttausenden vernichtet worden. Sie zu ersetzen dauert Zeit und erfordert risikofreudige Investoren. Der einzige Weg zur Vollbeschäftigung führt über eine Wiederherstellung des Gleichgewichts von Erträgen und Risiken bei der Haltung von Realkapital. Mehr Gesamtprogrammierung, mehr Sektorenprogrammierung, mehr Investitionslenkung oder mehr Staat bewirken nur eins: weniger Flexibilität, weniger Produktivität, weniger Realeinkommen (gerade für die kleinen Einkommensbezieher) und weniger Sozialleistungen. Daher: Lieber eine Staatsquote von 40 % bei einem Bruttosozialprodukt von 1000 Milliarden als eine von 50 % bei einem Bruttosozialprodukt von 800 Milliarden!